

ENERGIEINTENSIVE INDUSTRIEN

Schleichender Abschied

Die energieintensiven Industrien in Deutschland stecken mitten in einem schleichenden Erosionsprozess. Das belegen aktuelle Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die dem Handelsblatt vorliegen. Das IW hat gemessen, wie sich der Kapitalstock der Unternehmen entwickelt, und dabei das reale Bruttoanlagevermögen als Bezugsgröße gewählt. Das Resultat: "Das Bruttoanlagevermögen hat sich seit der Jahrhundertwende schwächer entwickelt als in der gesamten Industrie", heißt es beim IW. Seit 2002 ist es in den energieintensiven Industrien laut IW durchweg geschrumpft.

Die energieintensiven Industrien spielen eine Schlüsselrolle für die Wirtschaft. Sie stehen am Anfang verschiedener Wertschöpfungsketten und bilden gemeinsam mit nachgelagerten Branchen ein Produktionsnetzwerk, das als einer der Erfolgsfaktoren der deutschen Wirtschaft gilt. Zu den energieintensiven Industrien zählen die Branchen Chemie, Metallerzeugung und -verarbeitung, Glas und Papier. Die energieintensiven Industrien stehen hierzulande insgesamt für rund 800 000 Arbeitsplätze.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat in den vergangenen Monaten immer wieder auf die Bedeutung der energieintensiven Industrien hingewiesen. Bei der Präsentation seines Industriekonzepts hatte er kürzlich in Aussicht gestellt, die Rahmenbedingungen für die Industrie so zu gestalten, dass die Unternehmen auch in Zukunft in Deutschland investieren.

Die Realität ist jedoch eine andere. Das reale Bruttoanlagevermögen der energieintensiven Branchen ist den IW-Zahlen zufolge seit 2010 um 8,5 Prozent oder 25 Milliarden Euro gefallen. Seit 2000 kumuliere sich der Verlust sogar auf 17,7 Prozent, schreibt das IW.

Es gibt verschiedene Gründe für die Entwicklung. Die energieintensiven Branchen führen als Hauptgrund immer wieder die hohen Energiekosten an. Zwar haben sich die tatsächlichen Energiestückkosten zuletzt verringert, die tatsächlichen und möglichen spezifischen Mehrkosten seien jedoch weiterhin bedeutsam, schreibt das IW. Höhere Energiekosten könnten teilweise durch höhere Effizienz kompensiert werden. Bei neuen Investitionen sei die höhere Effizienz aber auch an ausländischen Standorten mit geringeren Energiekosten möglich. Der Wettbewerbsnachteil bleibe also bestehen. Das gelte auch für Unternehmen, die aufgrund ihrer Energieintensität von wesentlichen Abgaben weitgehend befreit seien, aber die Rücknahme dieser Ausnahmeregelungen befürchten müssten, schreibt das IW.

/// Ausnahmen in der Kritik //

Tatsächlich gibt es für energieintensive Industrien in Deutschland eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen bei den Energiekosten. Dazu zählen etwa der Spitzensteuerausgleich bei der Stromsteuer, Entlastungen bei den Netzentgelten und auch die Besondere Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Die Ausnahmen und Vergünstigungen summieren sich jährlich auf zweistellige Milliardenbeträge. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einiger Branchen wäre ohne diese Regelungen gefährdet. Die EU-Kommission bewertet viele Ausnahmen kritisch, weil sie darin unzulässige Beihilfen sieht. So hatte die Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode hart für den Fortbestand der Besonderen Ausgleichsregelung kämpfen müssen. Ob die Regelung dauerhaft Bestand haben kann, ist ungewiss.

Das IW diagnostiziert daher eine "prinzipielle Unsicherheit über die Zukunft der Entlastungsregeln" als einen der wichtigsten Gründe für rückläufige Investitionen der energieintensiven Branchen. Außerdem spielten Handelsverzerrungen und die Verschiebung von Marktdynamiken nach Asien eine wichtige Rolle.

"Wenn dieser Teil der industriellen Wertschöpfungskette in Deutschland gesichert werden soll, dürfen die für sie relevanten Standortbedingungen nicht durch energie- und klimapolitisch motivierte Belastungen weiter verschlechtert werden", so das Resümee des IW. Klaus Stratmann

Stratmann, Klaus

Dokumentnummer: 7DF7C394-9D56-4D0A-9B7D-C0CAC7B78179